

# Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag, Expedition und Redaktion:  
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.  
— Telefon: Amt 9, Nr. 6188. —  
Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.  
Redaktionsabteilung:  
3 Tage vor dem Erscheinen.

Motto:  
Staats- und Gemeinde-Betriebe  
sollen Musterintstitute sein.

Bezugspreise.  
Durch die Post (Zeitungspreisliste Nr. 3164) ohne Bestellgeld  
0,80 Mk vierteljährlich, unter Streifenband 1,00 Mk. Einzelnummer 0,20 Mk.  
→ Auslagen ←  
Die dreizehnpennige Postzeitung 30 Pf.; bei Wiederholung billiger.  
für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 5 Pf.

Nr. 2.

Berlin, den 23. Januar 1903.

7. Jahrg.

## Rückblick auf das Jahr 1902.

Auch das verfloßene Jahr 1902 stand im Zeichen der andauernden Wirtschaftskrise. Die Hoffnungen, die am Jahresbeginn an eine kühnere Informationsreise des Reichstages zu knüpfen wurden, und die in der Prognose eines neuen Aufschwunges angelegten, erfüllten sich nur zu bald und mehr auf alle Zweige des Wirtschaftslebens. In der im Vorjahr schon so sehr betroffenen Holzindustrie und Holzgewerbe, sowie dem Bergbau, gestellte sich im Herbstjahr bald auch die Kohlenindustrie und die Maschinenindustrie, die sich lange hartnäckig gegen die Krise gewehrt hatten. Die Dislokation der Eisenbahnverwaltungen, die größere Nachfrage und Bauten veranlaßte, war nicht groß genug, den Niedergang aufzuhalten. Dazu kam ein Faktor, der im vorigen Jahre entlohnend gewirkt hatte, diesmal aber den europäischen Markt doppelt belastete, die amerikanische Konkurrenz. Die Vereinigten Staaten standen im Jahre 1901 und in der ersten Hälfte des Jahres 1902 noch in der vollen Blüte industrieller Tätigkeit; sie verbrauchten mehr als je früher Kohlen und zogen daher einen Teil der europäischen Mehrproduktion an, so daß manche Industrie Deutschlands sich eines geteilteren Exportes sowohl nach Amerika, als auch nach den Ländern, die Export nach Amerika teilnahmen, erfreuen durften. Das wurde anders, als auch in Nordamerika der Rückgang eintrat, und die deutschen Exporteure mußten nach dem europäischen Markt blicken. Selbst stark entwickelte Industrien, wie der Kohlenbergbau, mußten nun unter diesem Ansturm mit ihren Preisen weichen und Abnehmerrückstellungen von Arbeitern nahmen in unheimlichem Maße zu. Nur in der Textilindustrie und im Bergbau größerer Städte zeigte sich ein vorübergehender Aufschwung, der den Arbeitern derselben eine kleine erfolgreiche Lohnbewegung ermöglichte. Im übrigen war die Depression in den meisten Gewerben heftiger vorhanden, daß es den Arbeitern inrentlicher wurde, ihre alten Löhne aufrecht zu erhalten. Die Arbeitstunde wies eine ständige Abnahme auf, man merkte die der ungelerten Arbeiter, auf denen der Druck der gesamten Arbeiterbewegung wie immer am meisten lastet. Die kurze Forderung während der Sommermonate genügt kaum, um die Schulden aus der winterlichen Periode abzulassen und zeitiger als in früheren Jahren machte der harte Winter die Arbeitslosigkeit abbrecher Gewerbe ein Ende. Die Arbeitslosigkeit nahm wieder einen erschreckend hohen Umfang an und ergab die gesamte öffentliche Meinung zu einer Stellungnahme.

So standen alle Kreise des Wirtschaftslebens, Reich, Staat, Gemeinden, Industrie, Gewerbe, Betriebe, unter dem Einflusse der Arbeitslosigkeit. Vor allem aber galt dies natürlich für die Gewerkschaften, denen nicht bloß die nächsten Dislokationen für die Arbeitslosen zufließen, sondern die auch durch den Arbeitslosigkeit begleitenden Druck des Unternehmertums auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitenden nachdrücklich zu entfalten suchen mußten. Und wir können wohl sagen, daß die deutschen Gewerkschaften den auf sie hereinfallenden Schicksalen handhaben und wider ihre Pflicht erfüllt haben. Würden sie in der vorigen Krise alles aufgeben, um zunächst die eigene Existenz zu sichern, und dem Massenverlust von Mitgliedern entgegenzutreten, so könnten sie diesmal, nachdem sie während des Aufschwunges die Organisation gut fundiert hatten, sofort thatkräftig für die Arbeitslosen eintreten. Und sie haben nicht nur einen namhaften Teil ihrer Verbandsländer für die Arbeitslosen geworben, sondern auch außerdem zum Teil ganz erhebliche Steuern aufgelegt, um den an sie heranfallenden Anprüchen zu genügen. Selbst solche Gewerkschaften, deren Statut keine Arbeitslosenunterstützung vorsieht, haben laufende von Staat für Notfall, Minderlohnung u. a. Unterstützungen bewilligt, und Lehrlingenden von Arbeitslosen in durch ihre Unterhaltungen gehalten worden. Kaum alle Gewerkschaften aber, die noch nicht in die in einer natürlich geregelter Arbeitslosenunterstützung sind, haben in verfloßenen Jahre in dieser Angelegenheit genommen. Die Meinungsverschiedenheiten über die tatsächliche Bedeutung dieses Unterhaltungsweises haben sich mehr als je geltend, und wenn die Arbeitslosen Unterstützung in mehreren Gewerkschaften (z. B.

Textil-, Schuhmacher, Arbeitgeber) abgelehnt wurde, so kann man dies als ein endgültiges Verbot nicht betrachten, da die betreffenden Reichskreise unter dem Eindruck der Schwierigkeit einer Vertikalschöpfung inmitten der Krise zu Stande kamen. Man wird diese Ablehnungen vielmehr der Vertikalschöpfung einiger anderer Gewerkschaften gleich zu stellen haben (Gärtner, wirtsch. Arbeiter, Kleider, Textilarbeiter, Bergarbeiter, Steinarbeiter, Schneider). Dagegen muß es mit Genugthuung bezeugt werden, daß 6 Organisationen im Jahre 1902 die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen haben (Mischmitten, Lederarbeiter, Holzarbeiter, Köchler, Bureauangestellte und Gärtner), jedoch gegenwärtig diese Einrichtung statutarisch für 27 Organisationen bezieht, die aber die größte Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder umfassen. Diese Entwicklung wird sich zweifellos in den nächsten Jahren fortsetzen und der Zeitpunkt dürfte nicht mehr fern sein, an welchem jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in seiner Organisation gegen die drückenderen Folgen der Arbeitslosigkeit geschützt ist.

In gleichem Maße, als die Gewerkschaften sich an den Aktionen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beteiligten, erwarb aber auch ihr Interesse an einer gezielten Regelung der Arbeitslosenverhältnisse, die sie bisher fast allein tragen mußten, ohne einen wesentlichen Einfluß auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit entwickeln zu können. Dieser Einfluß liegt vielmehr bei den Unternehmern und bei den großen öffentlichen Arbeitgebern, die zugleich die Hauptrolle in dem die Arbeiterklasse drückenden Stand tragen, ohne an den Kosten der Unterbringung teilzunehmen.

Die gezielte Regelung der Arbeitslosen Verhältnisse war neben der Forderung zweifellos die wichtigste Aufgabe während des ganzen Jahres. Aber während der kapitalistische Staat für die Klagen der Kapitalisten in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft eine offene und wohlgeleitete Hand zeigt, und die bürgerliche Reichstagsmehrheit ihnen den Zolltarif schließlich gewalttätig, unter schamungsloser Niedertrötung der Rechte der Arbeiter, als Preis überreichte, blieb es bezüglich der Arbeitslosen Verhältnisse bei einer wohlmeinenden Resolution des Reichstages und einem offenen Ohr der Regierung, die sich als sozialpolitische Vahnbrecherin fühlt, weil sie der Frage der Arbeitslosen Verhältnisse eine wohlmeinendste Untersuchung widmet. Was ist ihre Haltung anders als die Rücksichtnahme auf eine Massenimmunität, die die bevorstehenden Reichstagswahlen für sie nachteilig beeinflussen kann? Die deutschen Gewerkschaften haben aber nicht bloß diese Frage in Akt gebracht, damit Regierungen, Parteien und Politiker sich über die Lösung des Arbeitslosen Problems die wohlmeinenden Köpfe zerbrechen, sondern sie haben auch klar und deutlich gesagt, daß die Arbeitslosen Verhältnisse in gewerkschaftlicher Verwaltung bleiben müßte, und die staatliche Aktion sich darauf zu beschränken habe, den Gewerkschaften einen Teil der im öffentlichen Interesse aufgewendeten Summen zu leisten, sowie Arbeitsnachweise für die Arbeitslosen zu schaffen. Diese klare Forderung ist freilich allen denen unbekannt, die die Arbeitslosen Unterstützung als ein Mittel zur Bekämpfung oder Milderung der Gewerkschaften fördern möchten, und das für die Arbeiter die gewerkschaftliche Verwaltung das Entscheidende bei der ganzen Reform bildet und bilden muß, so wird vermisslich bei den ganzen Unterhaltungen wenig oder gar nichts herauskommen, denn die Forderung der herrschenden Gesellschaft lautet eben: den bestehenden Klassen Alles, den Arbeitern nichts. Wer das hat, dem wird doppelt gegeben, wer wenig hat und Hunger leidet, dem wird auch das Letzte genommen und das Hungerleiden verächtlich und verworfen.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte während der Krise auf zahlenmäßig erkennbare Fortschritte nicht hoffen; ihr nächstes Streben mußte die Erhaltung des gegenwärtigen Mitgliederstandes sein. Das in ihr auch völlig gelungen; war der Rückgang schon während des Aufschwungs im ersten Krisenjahre ganz unbedeutend, so dürfte im Berichtsjahre nach der überseharen Erfahrungen ein weiterer Rückgang kaum zu verzeichnen sein. Manche Organisationen haben im Gegenteil ihre vorjährigen Verluste wieder ausgeglichen und andere bezieht über weitere Zunahmen, so daß die Abnahme in einzelnen Kreisen, von der Krise besonders beim geachteten Kreise kaum schwer ins Gewicht fällt, sondern durch die Zunahmen mehr als aufgehoben werden

dürfte. Jeden müssen erst die Winteranwartschaften vorliegen, ehe man sich ein zuverlässiges Bild der gewerkschaftlichen Entwicklung machen kann. Die finanzielle Entwicklung der Gewerkschaften dürfte jedoch trotz anfänglich gesteigerter Einnahmen durch die hohen Arbeitslosigkeit Ausgaben ungenügend beeinflusst sein. Zum Blick dürft das Massenbewusstsein der organisierten Arbeiterschaft, ihr wachsendes Vertrauen auf die gewerkschaftliche Organisation dafür, daß alle Verluste in wenigen Jahren mehr als ausgeglichen werden.

Das bedeutendste Ereignis auf gewerkschaftlichem Gebiete war im vergangenen Jahre der vierte deutsche Gewerkschaftskongress und mit ihm die internationale Gewerkschaftskongress, die wirklamer als alle früheren internationalen Kongresse die Internationalität der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bezeugte. Der Kongress erledigte eine Fülle gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen von hoher Wichtigkeit. Sein beines Werk war die Gründung eines Zentral-Arbeitersekretariats, das in diesen Tagen seine Tätigkeit aufnehmen und hoffentlich Tausenden von Arbeitern, die um ihre gesetzlichen Ansprüche kämpfen müssen, zum Segen gereichen wird. Die auf diesem Kongress beschlossene Verlegung der Generalkommission nach Berlin wird an der bisherigen Wirksamkeit dieser Körperschaft nichts ändern; sie war das Produkt reiner Zweckmäßigkeitserwägungen und den Zwecken und Interessen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung wird die Zentrale der deutschen Gewerkschaften auch in Zukunft dienen. In ihr letzten Tätigkeitsjahr fallen zwei wichtige Neuerungen auf nationalem Gebiete, die Einführung regelmäßiger Jahresstatistiken der Gewerkschaftsstatistik und Arbeitersekretariate. Das kommende Jahr wird ihr die neue Aufgabe des statistischen Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften stellen, das ein Zeugnis der Leistungsfähigkeit unserer Bewegung, vor allem aber ein wichtiges Hilfsmittel im täglichen Leben derselben sein wird.

Die Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften, ihre finanzielle Gebahrung, ihr statisches Wirken können nicht allein der bürgerlichen Gesellschaft Achtung ein, sie wirken aneifernd auf die Gewerkschaften anderer Staaten, deren Vertreter auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongresse Gelegenheit zu eingehenden Studien geboten war und die den Niederlag ihrer Erfahrungen bereits in den Beschlüssen der internationalen Konferenz der Landesvertreter zum Ausdruck brachten. Zwei greifbare Zugwinklungen dieses deutschen Beispiels haben wir bereits am Jahresabschluss zu verzeichnen, die österreichische Gewerkschaftsstatistik nach deutschem Muster, sowie der engere Zusammenhänge der Gewerkschaften und die Gründung einer gewerkschaftlichen Landeszentrale in Italien. Besonders der letztere Erfolg muß jedem mit Genugthuung erfüllen, der die Schwierigkeiten einer dauernden und leistungsfähigen Organisation in romanischen Ländern kennt. Italien, das Land des Massenlebens und der Massenauflösung, die schon traurige Demut der zahlreichen Krisenattentate, nach politischer Regenose ein wahrer Herd der Anarchistenzüchtung, wird bald allen übrigen romanischen Ländern ein Muster kraftvoller gewerkschaftlicher Tätigkeit sein.

Den deutschen Gewerkschaften brachte das verfloßene Jahr zwei Anerkennungen, die ebenso leicht über als unterschätzt werden. Die Vertretung der Reichsregierung auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongresse war nichts anderes, als der Ausdruck des Angehändnisses, daß die deutschen Gewerkschaften sowohl eine legitime Vertretung der Arbeiterklasse, als auch ein bedeutender Faktor der öffentlichen Meinung des sozialpolitischen Lebens sind, dessen Urteil bei allen Arbeiterfragen nicht zu entbehren ist. Soweit diese Anerkennung den Gewerkschaften von den Staatslenkern bisher vorenthalten wurde, bedeutet sie allerdings einen Meinungswechsel der Regierung. Von einem Systemwechsel in Bezug auf die Behandlung der Gewerkschaften zu reden, wäre unbedeutend, da jeder geringste Beweis hierfür durch die Zeit der Gegenbewegung erdrückt wird. Die gewerkschaftsfeindliche Tendenz der Regierungspolitik besteht nach wie vor; sie kommt zur Geltung in tausend verschiedenen Habeländen, mit denen die Gewerkschaften fortgesetzt systematisch beunruhigt werden, in den unmittelbaren organisierten Kämpfen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter zu Schanden zu machen drohen, in der Haltung des Staats selbst als Arbeitgeber und schließlich in der Art und Weise, wie die Krupp Krise gegen die Arbeiterbewegung ausgebeutet wurde. Was will da

gegen das geringe Jugendmaß bedeuten, daß man den Gewerkschaften gestatte, zur Statistik des Arbeitsmarktes beizutragen? Das beweist doch lediglich, daß man sie nicht entbehren kann. Tagelang werden sie von der wichtigsten Statistik der Statistik systematisch ferngehalten, um diese Statistik um so tendenziöser gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter auszuhalten, und im Arbeitsstatistischen Amt wird ihnen keine Vertretung eingeräumt. Das Jollirfragegesetz ist zum Schaden der Arbeiterklasse angenommen worden, ohne ein einziges Gutachten einer der beteiligten Gewerkschaften einzuholen, obwohl von der Entscheidung einzelner Jollirfragen das Wohl und Wehe ganzer Arbeiterberufe abhängig war. Und weshalb verweigert man den Gewerkschaften den für ihre Existenz unerlässlichen Schutz ihres Koalitions- und Streikrechts gegen beherrschende und richterliche Eingriffe, weshalb erschwert man ihnen die gesetzlichen Rechte, die Arbeitgeberorganisationen so leicht gewährt werden? Und wo liegt die Anerkennung des Gewerkschaftsprinzips, etwa in der Behandlung der Landarbeiter, deren beste Elemente durch die Unterdrückung jeder legalen Organisation systematisch zur Landflucht getrieben werden? — Die Gewerkschaften haben keine Ursache, allzu vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken und sich der Sorge der Staatslenker zu überlassen. Sie werden stets nur diejenige Anerkennung finden, die sie sich erkämpfen, sie werden sich wie bisher auf ihre eigene Macht verlassen, auf die Kräfte der klassenbewußten Arbeiterklasse stützen müssen, um das, was ihnen notwendig ist, zu erhalten, und um ihre Forderungen zu verteidigen. Was sie bisher erreicht, ist nicht einem Liebeswerben um höhere Gunst, sondern zielbewußter Organisation der Arbeitermassen zu danken: auf dieser gesunden Basis ruhen auch ihre Zukunftserfolge.

In der Sozialpolitik war das verfloßene Jahr ein solches mittelmäßiger Ernte. Es begann mit dem Inkrafttreten des neuen Gewerbegesetzes, dessen günstige Wirkungen durch einen später zurückgezogenen Erlass des preussischen Ministers Möller zerstückelt zu werden drohten. Die fakultative Vorchrift der Einführung des Proportional Wahlrechts hat nur in wenigen Städten Erfolg gehabt. Auch die vielbekämpfte Vorchrift des Vorladungszwanges kann von nennenswerten Erfahrungen nicht berichten. Tagelang steht die Schaffung kaufmännischer Zehngesetze in Analehrung an die Gewerbeämter in Aussicht, da der Bundesrat in einem bezüglichen Entwurf bereits zugestimmt haben soll. Die im Jahre 1902 nach unendlichen Ermahnungen erledigte Seemannsnotelle kam den zugehörigen Nebengesetzen war von so reaktionärem Geiste erfüllt, daß die seemannliche Bevölkerung öffentlich gegen diesen Schutz der Abwecker-Interessen Protest erhob. Im Uebrigen wird das große Gebiet des Arbeiterchutzes nur durch einige Bundesrats-Verordnungen zum Schutze der Zeitarbeiter, Gasarbeiter, Sägmühl- und Gummiarbeiter sowie Verbesserungen des Schutzes der Arbeiter der Zierbau-Industrie und der Walf- und Dammwerke repräsentiert. Unerfagt ließ das scheidende Jahr das Verbot der Phosphorzinnoberholzfabrikation sowie das Kinderchutzes Gesetz zurück, letzteres in einer Gestalt, die zu weitgehenden Hoffnungen nicht berechtigt. Auch bei der beachtlichen Revision der Schutzbestimmungen für Arbeiter in bleichenden Industrien wird nichts Wesentliches herauskommen, da der Regierung die Interessen der Wirtschaftlichen höher stehen, als die der vergifteten Arbeiter. Die Gewerbeaufsicht ist in einigen Bundesstaaten durch Einsetzung weiblicher Inspektoren etwas vervollständigt worden. Die wichtigste sozialpolitische Neuerung bleibt die Schaffung des Arbeitsstatistischen Amtes: sie wird die auf sie gesetzte Hoffnungen allerdings erst dann erfüllen, wenn die Regierung ihre reaktionäre Eigenbrödelerei aufgibt und sich entschließt, den bewährten Rahmen anderer Staaten, vor allem Österreichs, folgend, den Gewerkschaften eine offizielle Vertretung im Arbeitsstatistischen Beirat einzuräumen.

In juristischer Hinsicht brachte das vollendete Jahr den Gewerkschaften keine neuen Ueberraschungen, dafür aber eine Reihe weiterer Urtheile auf den Gebieten des Erbrechtssparatographen und der vereinsgesetzlichen Praxis. Doch all, das berühmte neue Zeamentrecht der Arafen in Preußen hätten wir beinahe vergessen, dessen einziger Vorzug ja darin liegt, originell zu sein und zu noch originelleren Entscheidungen Anlaß zu geben. Das neue Jahr wird hoffentlich mit dieser letzten Varietee gegen das Versammlungsrecht der Frauen aufzuräumen, wie das verfloßene mit der Annahmepflicht der Arbeitersekretariate aufzuräumen hat. Der furiose Widerstand des Breslauer Landesgerichts ändert an dieser Thatsache nicht das Geringste. Die vereinsgesetzliche Praxis in Preußen, deren schändliche Mißstände das Verlangen doppelter Mitgliedsbeiträge der Gewerkschaften ist, beweist, daß die Polizeibehörden dort weit über das vorliegende Arbeitsbedürfnis hinaus verfahren worden sind. Oder soll ihr Verlangen indirekt eine Vermehrung der Gewerkschaftsangehörigen bezwecken? Zur solche würden die Gewerkschaften ohnedies genug Arbeit haben und zwar zu vernünftigeren Zwecken.

Die politische Entwicklung des Jahres 1902 ist es für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse des Interesantesten übergenug. Im Mittelwund ihres Interesses aber stand das Jollirfragegesetz, dessen schützöllnerische Tendenzen den Lebensmittelmacher derart begünstigte, daß eine energische Abwehr notwendig war. Keines der legalen Mittel durfte unernüht gelassen werden, um diesen ungewöhnlichen Angriff auf die Taschen der Armen zu verhindern. Als das Jahr schloß, war indeß das Unerhörteste, das die parlamentarische Geschichte kennt, geschehen. Unter offenkundiger Verletzung des Reichstags ist das Gesetz in seiner volksfeindlichen Tendenz und dazu unfertigen Gehalt durch alle Parteien hindurch geachtet worden und hat den

gegen der Regierung erhalten, den ein Erdensregener für die schlimmsten Akteure der Vergewaltigungsmehrheit bezeugte. Der vom Reichstag angenommene Entwurf wird also Gesetz und das Volk ist den Brod-, Fleisch- und anderen Wuchern auf Jahre hinaus in die Hände geliefert. Aber ein Erbtheil hat das scheidende Jahr der deutschen Arbeiterklasse hinterlassen. Die fühlbare Pflicht der Vergeltung! Es ist nicht die niedrige Rache des Gevrellten, die wir herausfordern, sondern als legaler Richter wird das politisch mündige Volk im kommenden Jahre die Anlagen gegen die Produzentenparteien und Verfassungsschwänder prüfen und sein Urtheil abgeben in Millionen von Stimmzetteln zur Reichstagswahl. Und die Hunderttausende gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, welche ihre Arbeiterinteressen wohl begriffen und den Kampf der Entrechtungs-mehrheit um die Rechte mit steigender Entschlossenheit verfolgt haben, werden darüber keinen Augenblick im Zweifel sein, wie sie ihr Urtheil abzugeben haben.

### Zur General-Versammlung.

In einer Reihe von Fortlegungen in mehreren aufeinander folgenden Nummern der „Gewerkschaft“ im 4. Quartal des verfloßenen Jahres hat die Verbandsleitung sich mit der zukünftigen Gestaltung unseres Verbandes beschäftigt. Neben anderen bemerkenswerthen Anregungen ist auch die Frage einer Vertretung unterzogen worden: Wie ist es möglich: 1. die Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen wirksamer, zugänglicher zu machen, und 2. der Agitation unter den bereits Mitglied gewordenen zu steuern. Daß bezüglich der Verantwortung dieser Frage Mittel und Wege gefunden werden müssen, wird jeder zugeben, der die Verhältnisse unseres Verbandes aus eigener Anschauung kennt, resp. die Entwicklung derselben während längerer Zeit aufmerksam beobachtet hat. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß die hierüber auf der bevorstehenden General-Versammlung zu erledigenden Arbeiten zu rechnen ist, und möchte ich in gewissenhafter Würdigung dieses Umstandes schon jetzt an dieser Stelle gleich dem Kollegen Stern-Zettlin, in Nr. 26 der Gewerkschaft vom vorigen Jahre, einige zur weiteren Diskussion anregende Worte verlieren. Es ist nun einmal Thatsache, daß ein großer Theil der in Staats- und Gemeindegewerbebeschäftigten infolge ihrer meistens sehr mangelhaften Schulbildung, Dummheit und in allem Uebrigen nicht gerade beneidenswerthen Lebensverhältnisse und der dadurch bewirkten großen Rücksichtlosigkeit sich nur schwer in das Wesen unserer Bewegung hineinzuwinden vermögen. Die Grundbegriffe und die Erkenntnis der geschichtlichen und sozialen Nothwendigkeit dieser Bewegung fehlen ihnen und deshalb vermögen sie deren Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit auch nicht zu erkennen. Es hat keinen Zweck, oder: Es nützt ja doch nichts, oder: Was haben wir von dem Verband? sind die üblichen Redensarten. Diesen Leuten gegenüber ist alle auf Idealismus und Begeisterung zu erweckende gerichtete Agitation ergebnislos: sie wollen sofortige Vortheile sehen. Was kann ich dabei verdienen? so fragen die Leute. Da nun aber, soll der Verband den sich gestellten Aufgaben gerecht werden, es die Sorge der Vermittlung sein muß, darnach zu trachten, daß auch diese alle zur Erkenntnis der Wahrheit kommen, so muß dieselbe jenen Leuten den Willen thun und ihnen etwas momentan Vortheil hartes bieten. Das kann aber nichts anderes als das von der Verwaltung in Vorschlag gebrachte, zu pflegende Unternehmungsweisen sein. Welcher Art die Unternehmung in dieser oder jener Gewerkschaft sein muß, wird im Einzelnen immer von vielerlei Umständen abhängen. Am leichtesten durchführbar und auch mit dem wenigsten Risiko verbunden ist die Zerbeunternehmung und deshalb für eine junge Organisation, wie die unsere, am ersten zu empfehlen. Vielfach laut gewordenen Wünschen unter den Hamburger Kollegen entsprechend, möchte ich vorschlagen, auch die Ehefrauen bei dieser Unternehmung zu berücksichtigen. Dem Kollegen Stern vermag ich aber in den weiteren von ihm empfohlenen Einsichten nicht zu folgen. Insbesondere ist die Frage der Beitragsverhöhung von 15 Pf. auf 25 Pf. höchstbedeutend, also gleich im 1902 pSt., wohl nicht auf diskutabel: wir würden bei der Einführung einer solchen Erhöhung großen Schwierigkeiten begegnen. Nun aber will Kolll. Stern gar noch von diesem Beitrag den Hauptvorstand 40 pSt. überweisen. Na, mein lieber Stern, wo bleiben aber die Aftialen, diese gebrauchten zur Vertretung ihrer lokalen Interessen doch auch Geld. Die größeren und alle diejenigen Aftialen, in denen ein reges Verbandsleben herrscht, würden zu den ihnen verbleibenden 20 pSt. noch einen örtlichen Zuschlag erheben müssen, so daß für sie dann der Gesamtbeitrag auf wöchentlich 30 Pf. kommen würde. Das aber werden unsere Mitglieder schwerlich aufwenden. Das Schlimmste aber ist, daß Stern für diesen verhältnißmäßig hohen Beitrag so gut wie gar nichts bietet. Dieser Beitrag steht in gar keinem r dnerischen Verhältnis zu den von ihm vorgeschlagenen Unternehmungsweisen. Kollege Z. macht auch gar nicht den Versuch, nachzuweisen, warum für 13 1/2 Pf., die der Hauptstelle pro Mitglied und pro Woche mehr zu stehen sollen, nicht mehr und nicht weniger als das von ihm vorgeschlagene geleistet werden kann. Andererseits sind aber auch 40 Pf. Zerbeunternehmung für ein Mitglied und 20 Pf. für dessen Ehefrau für großstädtische Verhältnisse doch wohl zu gering und die Leute können auch, sofern sie 10 Pf. pro Woche in eine Zerbeunternehmung einzahlen, viel höhere Unternehmung erweisen und deshalb würde die ganze Sache bei der Agitation gar nicht zu gebrauchen sein. Also, Kollege Stern muß sich die Geschichte wohl noch einmal überlegen. — Verbesserungs-vorschläge will ich heute meiner

seits nicht machen, weil ich bestimmt erwarte, daß die Verbandsleitung mit den übrigen in Form von Statuten Aenderungen nunmehr bald heraustritt. Eines möchte ich hier aber noch betonen. Es wäre zu wünschen, daß sich die Mitglieder der Sache mit viel gutem Willen annehmen und bei Beurtheilung der Frage den Hauptzweck: die Hebung der Gesamt-bewegung nicht aus den Augen verlieren möchten. Es soll und muß nach der fraglichen Richtung hin etwas für die gesamte Mitgliedschaft geschaffen werden. Hieraus ergibt sich — ganz von vielen anderen Gründen abgesehen — daß die Zerbeunternehmung den ihr zugeordneten Zweck nur dann erfüllen kann, wenn sie auf zentraler Grundlage errichtet wird. Einige Berliner Aftialen haben sich bei der Stellungnahme zu dieser Frage allerdings nicht über ihre von früher her lantfam bekannte Engstirnigkeit zu erheben vermocht und haben teilweise beschlossen, das Unternehmungsweisen für Berlin allein einzuführen. Das macht den Herren aus der „Metropole der Intelligenz“ natürlich alle Ehre. Wer die zum größten Theil an sich schon geradezu lapidaren Verhandlungsberichte der Berliner geleitet hat, wird wissen, daß die Unwissenheit und die damit verbundene Sturheit in sozialen Dingen bei diesen Kollegen eine chronische Krankheit ist. Deshalb ist es denn auch bei jenen bezüglich des sozialen Fortschritts immer und jedesmal, wenn für denselben etwas gethan werden soll, „Nacht im Dome“.

Ich habe aber auf Grund des gefunden und sachgemäßen Urtheils, welches die Provinzialer bis jetzt in unserer Bewegung bei derartigen Anlässen gezeigt haben, gefunden, daß doch etwas Gutes zu Stande kommen wird.

Hamburg, den 16. Januar 1903.

J. A. D. Schönberg,  
Vorligender der Aftiale Hamburg.

### Verbandstheil.

Verbandsvorligender: **H. Fiedig, Berlin S.,**

Urbanstraße 34. Geschäftsführender Sekretär

des Verbandes: **Bruno Voerlich, Berlin W. 57,**

Bälowsstr. 21, Gartenhaus, part., Zerschit. von 11—1 Uhr

Vormittags. Sonn- und Feiertags ist die Geschäfts-

stelle geschlossen. Verbandskassierer: **B. Poffekart,**

Berlin N. 58, Treseowstr. 48. Alle Korrespondenzen,

Anfragen etc. die den Verband betreffen, sind nur an den

Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme

derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ bestimmt, sind

nur an den Verbandskassierer zu richten.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an

Hr. Voerlich.

### Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß diejenigen Anträge, welche auf dem bevorstehenden Verbandsstage (14., 15. und 16. April 1903) zur Verhandlung kommen sollen, mindestens 4 Wochen vorher bei dem Verbands-Vorstande einzureichen sind.

### Für den Verbands-Vorstand.

J. A. D. Schönberg.

Bei dem Unterzeichneten liegen folgende Gelder ein: Magdeburg IV 116,83, Berlin Ib 376,35, Mainz I 66,80, Mannheim IV 48,95, Mainz II 103,42, Bremen 180, Regal 80,80, Dresden 298,80, Magdeburg A 92,48, Ludwigshafen a. Rh. 48,95, Mannheim VI 14,15, Weiden 26,80, Rixdorf 59,80, Berlin XII 13,97, Kiel 101,05, Jülich i. P. 103,15, Berlin III 84,65, Berlin V 100,72, Berlin VI 208,27, Berlin I 282,75, Berlin Ia 272,84, Berlin VII 60,23, Berlin X 45,50, Berlin XVII 13,90, Zettlin 100,95, Friedrichshagen 74,95, Mühlhausen i. G. 42,12, Mannheim I 15,98, München I 16,05, Nürnberg 204,37, Schmargendorf 187,75, Bera R. I. 2, 3, 28, Pforzheim 88,28, Lichtenberg 36,83, Berlin VIII 26,80 Pf.

B. Poffekart.

### An unsere Korrespondenten!

Wiederholt verlangen in letzter Zeit einige Aftialen Schriftführer, daß ihre eingehenden Berichte ohne jede Aenderung veröffentlicht werden sollen. Derartige Verlangen können untererits nicht berücksichtigt werden.

In allen Redaktionen ist es Praxis, daß diese selber über die Aufnahme resp. Abänderung eingehender Berichte entscheiden. Sie allein und nicht die Gesänder tragen die Verantwortung für die erfolgten Publikationen; andererseits aber müssen sie auch mit dem verhandelnden Raum rechnen und können sie daher nicht Wandwurmveröffentlichungen, wie sie dieser oder jener Korrespondent zu verfallen beliebt. Auch wir müssen die gleiche Praxis befolgen und sind deshalb nicht in der Lage, die oben genannten Wünsche zu berücksichtigen. Die Redaktion.

### Zur Beachtung!

Mit der Ausbreitung unserer Bewegung hat sich auch der Stolz vergrößert, der in unserer Zeitung behandelt werden soll. Daher müssen wir namentlich an die Veranlassungen Berichtblätter die dringende Bitte richten, ihre Korrespondenzen so kurz wie möglich zu fassen. Insbesondere ist die genaue Angabe der Tagesordnung, der Versammlungsordnung etc. zu unterlassen, da solche Angaben nur unnothig Platz in Anspruch nehmen und wenig oder gar kein Interesse für die Massen einbüßen können. In den Versammlungsberichten sollen nur die Punkte zur Erörterung gelangen, welche die Allgemeinheit interessieren; auch sind die Angaben über Neilligkeiten, deren Komitee mitarbeiten etc. zu unterlassen.

Berichte etc., welche in der nächsten Nummer Aufnahme finden sollen, müssen mindestens eine Woche





in Krankheitsfällen von 25 Pf. auf 50 Pf. täglich ausserdem wird je nach Dauer der Mitgliedschaft ein Zuzug bis zum Betrag von 30 Pf. gewährt.

2. An Stelle der bisherigen Verwaltung treten die Vertrauensleute Hugo Schmoll, Karl Luch und Mathias Mack. Diese 3 Kollegen nehmen die Beiträge entgegen.

Hieraus werden die Kollegen ersehen, daß wesentliche Veränderungen seit dem 1. Januar eingetreten sind und daß es deshalb notwendig ist, mit der Abrechnung des abgelaufenen Jahres endlich fertig zu werden. Diesemigen Mitglieder nun, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, werden dringend gebeten, dieselben baldmöglichst zu begleichen. Leider haben wir in der letzten Zeit die Erfahrung machen müssen, daß verschiedene Kollegen, die mit ihren Beiträgen stark hängen geblieben sind, einfach sagen: „Wir zahlen nicht mehr weiter, für uns hat es doch keinen Wert.“ Es ist wirklich traurig, daß es noch Kollegen giebt, die derartige Ausreden noch gebrauchen, nachdem ihnen der Zweck und Nutzen der Organisation schon so oft erläutert wurde, und sie beides, besonders in der letzten Zeit, am eigenen Leibe verspürt haben. Oder denken diejenigen Kollegen etwa, daß es auch ohne Organisation möglich gewesen wäre, all die Vorteile zu erreichen, welche wir bis jetzt erreicht haben und zum Theil in der nächsten Zeit noch zu erreichen gedenken? Solchen Kollegen gegenüber bleibt schließlich nichts anderes übrig, als ihre Namen in der „Gewerkschaft“ zu veröffentlichen, sodas die genannte organisierte Arbeitervereine, welche diese Leute sind.

Wir hoffen jedoch, daß diese seltenen Vorfälle, um die betreffenden Kollegen zur Einsicht zu bringen.

Daß es in gegenwärtiger Zeit mehr denn je notwendig ist, fest und treu zur Organisation zu halten, ist für jeden denkenden Kollegen ebenedies klar, und deshalb rufen wir den Kollegen zum Schluß nochmals zu: „Vereint sind wir Alles, vereint sind wir nichts.“ Danke deshalb auch ein Jeder nach diesem Wahlvertrich.

**Briefkasten.**

**Rührer-Beitrag.** Ihre Berichtigung werden wir in der nächsten Nummer bringen.

**Zur Beachtung!**

Da uns von einer Anzahl Filialen noch immer keine Mitteilungen bezüglich der Abhaltung ihrer Versammlungen im neuen Jahre zugegangen sind, so haben wir die betreffenden Filialen in der Verammlungsliste freigegeben. Wir erfinden diese Filialen daher, uns die für den Verammlungsstempel bestimmten Notizen baldmöglichst einsenden zu wollen.

Die Redaktion.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

- Berlin I.** (Kath. Arbeitervereine) Nächste Verammlung am 5. Februar, 8 bis 9 Uhr, in der St. Marienkirche.
- Berlin II.** (Kath. Arbeitervereine) 10. Februar, bei Oswald, Schöneberg Nr. 6, Abends 8 Uhr.
- Berlin III.** (Kath. Arbeitervereine) Sonnabend, den 7. Februar, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin IV.** (Kath. Arbeitervereine) Abends 8 Uhr, den 16. des Monats bei Frau, Trautenbergstr. 24.
- Berlin V.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Nachmittags 3 bis 4 Uhr.
- Berlin VI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin VII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin VIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin IX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin X.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XIV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XVI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XVII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XVIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XIX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXIV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXVI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXVII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXVIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXIX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.

- Mühlhausen I.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen II.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen III.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen IV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen V.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen VI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen VII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen VIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen IX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen X.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XIV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XVI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XVII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XVIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XIX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXIV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXV.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXVI.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXVII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXVIII.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXIX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.
- Mühlhausen XXX.** (Kath. Arbeitervereine) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Frau, Trautenbergstr. 16, Abends 8 Uhr.

**Filiale Berlin XVI.**  
(Öffentl. Beleuchtung.)  
Sonnabend, den 14. Februar 1903:  
**Großer Wiener Masken-Ball**  
in den Räumen des  
„Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.  
Eintritt: Damen 30 Pf., Herren 50 Pf.  
Dazu ladet freundlich ein Der Vorstand.

**Filiale Magdeburg III.**  
Sonnabend, den 31. Januar d. J.:  
**Stiftungs-Fest**  
im großen Saale der  
„Bürgerhalle“, Knochenhauer-Ufer 27 28.  
Während des Festes ebenfalls Unterhaltung.  
Anfang Abends 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.  
Sämtliche Kollegen, insbesondere auch diejenigen der Filiale I., werden hierzu höflich eingeladen.  
Das Komitee.

**Filiale Stettin I. (Wasenarbeiter.)**  
**Bekanntmachung!**  
Da in der letzten Mitglieder-Versammlung Stimmen laut geworden sind, welche sich indirekt der Unterzeichnung des Krankengeldes für den Kranenführer Joseph bezichtigten, so erkläre ich hiermit, daß Josephs Frau für die Dauer der Krankheit (29. Januar bis 3. März 1902) ingeheim 12 Mk. Krankengeld abgehoben und mir auch über den Empfang quittiert hat. Ich erkläre deshalb den Urheber dieser Verichte, für die Nichtentstellung und Bekannmachung des Thatbestandes folgen zu wollen, damit er sich Unannehmlichkeiten erspart.  
G. Niemann, Kassier.

**Achtung!**  
**Filiale Stettin II. (Was u. Wasserwerf.)**  
Sonnabend, den 1. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Lokal des Herrn Deuning, Oberwerk 32.  
Kollegen, ersicht ich, daß in der Versammlung und quirt für den Verband, damit wir unsere Interessen in Zukunft besser wahren können, wie bisher. Auch die Dankwörter werden dringend ersucht, sich mehr an den Versammlungen zu beteiligen, denn auch für sie gilt es noch sehr viel zu ändern, wenn sie eine bessere Lebenslage haben wollen.  
Der Vorstand.

**Filiale Rixdorf.**  
Am Dienstag, den 27. Januar 1903, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Prehler, (Friedrichstr. 62):  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Quartalsabrechnung, Jahresbericht und Vorstandswahl. 4. Festsetzung der Filial-Versammlungen. 5. Verschiedenes.

**Achtung! Städtische Arbeiter Rixdorfs! Achtung!**  
Mittwoch, den 18. Februar cr., Abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
im Lokale des Herrn Thiele, Bergstraße 151-52.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag und Aussprache über die zu erhebende Forderung einer **Chenerungs-Zulage.**  
2. Stellungnahme zu den Entlassungen außer der Reihe.

**Achtung, Irrenanstalt Herzberge!**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß Herr **Wewes**, (Waltwitz, Herzbergstraße, jederzeit Verbandsbeiträge sowie Neuannahmen entgegen nimmt.

Die Filialleitung.  
**Andreas-Garten,**  
Berlin, Andreasstr. 26.  
**Franz Wlerkowski.**  
Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Freunden meine neuemrichtungen, bis 200 Personen fassenden Lokalkitäten, Mittagstisch, ff. Getränke, gute Küche, Regelbahn, gute saubere Betten.

**Technikum Berlin.**  
Höhere Lehranstalt für Elektrotechnik und Maschinenbau-, Hochbau- und Bauingenieurwesen.  
Staatlich inspiziert.  
Tages- und Abendkurse.  
Holzmarktstr. 73, Berlin O. Alexanderstr. 20a.  
Prospekte kostenlos.

148,000 Artikel u. Verweisungen.  
**Meyers**  
Sechste, gänzlich neu bearbeitete und verbesserte Auflage.  
**Grosses Konversations-Lexikon.**  
Ein Konversations-Lexikon aus altemalisch-wissenschaftl. 20 Bände in 10 Hefen gebunden zu je 10 Mark. Prospekte und Einzelhefte bestellbar.  
1400 Tafeln und Karten.  
11,000 Abbildungen.  
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

**Filiale Berlin I.**  
Nachruf!  
Am Dienstag, den 13. Januar d. J., verstarb unter treuer Verbandsfolge  
**Hermann Viere.**  
(Ehre seinem Andenken!) Der Vorstand.

**Filiale Berlin II.**  
Nachruf!  
Am Sonntag, den 11. Januar, starb unter Verbandsfolge  
**Karl Dettmann.**  
(Ehre seinem Andenken!) Der Vorstand.

**Filiale Berlin V. (Marihallenarbeiter.)**  
Nachruf!  
Am Freitag, den 2. Januar d. J., verstarb unter treuer Verbandsfolge  
**Friedrich Wolf.**  
(Ehre seinem Andenken!) Der Vorstand.



# Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 2.

Berlin, den 23. Januar 1903.

7. Jahrg.

## „Zweckungszulage für die städtischen Arbeiter“.

laute die Tagesordnung einer von etwa 2500 städtischen Arbeitern Berlin besuchenden Versammlung, welche am 13. Januar im Gewerkschaftshaus stattfand. Kollege Hubert führte aus: Die Vorberathungen, die die städtischen Arbeiter im vorigen Jahre eröffneten, sind der nur in ganz beschränkter Weise und nur für wenige weiter erfolgt. Die Ablehnung erfolgte mit der Begründung, daß das Recht der Stadt Berlin zur gleichen Parität verpflichtet. Wenn wir auch diesen Grund nicht anerkennen, so berührt es doch eigenhändig, daß gerade bei den ganz unzulänglichen Löhnen der städtischen Arbeiter, von denen die meisten mit 3,50 Mk. pro Tag entlohnt werden, zuerst gekürzt werden sollte. In Wahrheit ist jedoch überhaupt keine Neigung vorhanden, etwaige Lohnzulagen zu gewähren. Diese aber aus dem Protokoll des Ausschusses zur Berathung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hervor, der in der Zeit vom März 1900 bis zum 4. Juni 1901 tagte, und durch dessen Beratungen ich wie ein rother Faden der Grundgedanke war, nur recht bedenkliche Vöhrne zu zahlen, damit die Privatindustrie nicht geschädigt werde. Den Anträgen der sozialdemokratischen Vertreter, ungelerten Arbeitern, welche im Vollzuge ihrer Arbeitskraft 4,50 Mk., gelerten Arbeitern 4 Mk. als Anfangslohn zu gewähren, wurde mit folgender Begründung geantwortet: Man gönne jedem Arbeiter guten Lohn, ein jeder müsse aber auch nach seiner Arbeit bezahlt werden. Die Arbeit sei jedoch in den verschiedenen Betrieben nicht immer dieselbe. Aus diesen Gründen könne man dem Betrieben, alles gleichmäßig zu leisten, nicht willfahren, und wolle man es, so werde es doch nicht gelingen, es sei denn, daß man etwas schaffe, was großen Unmut hervorruft. Man schädige auf der einen Seite den Arbeiter selbst, indem man ihm die Möglichkeit nehme, sich vor anderen herorzuhängen, eine bessere Stellung zu erringen und dadurch mehr zu verdienen; auf der anderen Seite würde man die Verwaltung selbst lahm legen, da diese dann nicht mehr im Stande sei, bessere Arbeit besser zu bezahlen. Woher ist die Arbeiter-Ausschüsse? Die Kommissionen von diesen Arbeiter-Ausschüssen sind geseuert worden, und zwar, je nach Eigenart der Verwaltung, für je besonders. Man werde dort in Betracht ziehen, daß die große Anzahl von Arbeitern mit durchgehenden Lohn, wie z. B. bei der Kaufmannschaft, während alle diese Leute gleichmäßig mit einem Lohne von mindestens 3,50 Mk. bezahlt werden müssen, dann seien Maßnahmen, die notwendige Folge. Andersfalls, wenn man mehr Lohn zahlen würde, als die Arbeit wert ist, träte eine Schädigung der Steuerzahler ein, die zu beantworten man nicht in der Lage sei. Abschaffung der Arbeit gegen den Willen der Arbeiter, die Abschaffung aufhören müßten, bei sehr viel verdient werde.

Es nimmt sich wirklich eigenartig aus, wenn man hier der Wirksamkeit der Arbeiter-Ausschüsse so frohlockend das Wort redet, während in Wirklichkeit derselben die Lohnforderungen nur eine ganz passive Rolle angewiesen wird. Häufig kommt es sogar vor, daß der Herr Präsident als Vorsitzender des Ausschusses die Abhaltung einer derartigen Sitzung garnicht für nötig hält. Auch bezüglich der Abschaffung der Lohnzulagen ist es zu bedauern, daß die Arbeiter mit dem Zagen, von dieser Lohnzulage bereit zu werden. Auch die Schädigung der Steuerzahler müßte herhalten, um die Ablehnung zu motivieren. Es dürfte aber nicht an anderer Stelle diese einmündiger erörtern, bleibe dahingestellt.

Auf die städtischen Arbeiter komme lediglich in Betracht, daß die Entschädigung von 3,50 Mk. bei den heutigen Verhältnissen vollständig ungenügend ist. Schon im städtischen Jahrbuch deutscher Städte wird festgestellt, daß sich die Preise von Kindersold um 4, von Erwachsenen um 14, für Speck um 10, für Kilo Fleisch um 12, für Gammelfleisch um 11 Pf. pro Kilo vom Jahr 1896 bis 1901 erhöht haben. Der Preis des Regenrotes ist in demselben Zeitraum um 3 Pf. pro Kilo gestiegen. Privatlohnstadt hat im Jahre 1901 bei dem höchsten Lebensstandard eine Familie auf 21,16 Mk. im Jahre 1902 gegenüber 19,25 Mk. im Jahre 1901. Selbst das häusliche Gesundheitsamt stellte im Jahre 1899 den Preis der täglichen Kost einer erwachsenen Person bei mittlerer Arbeit auf 5,47 Pf., was bei einer vierköpfigen Familie 2 Mk. beträgt, und in welcher Weise sind seitdem die Lebensmittel gestiegen. Das städtische Amt der Stadt Berlin hat in seinen Zusammenstellungen von 25 Haushaltungen unter Zugrundelegung eines Einkommens von 1000 Mk. die Ausgaben für eine vierköpfige Familie auf 422,04 Mk. für Nahrungsmittel festgesetzt. Es sei man nun die Einkommen der städtischen Arbeiter bei 3,50 Mk. auf 1100 Mk. pro Jahr fest, so ergäbe sich für die Ernährung der Familie eine Summe von 519,24 Mk. oder pro Woche 9,94 Mk. Nach Zustimmung der unzulänglich notwendigen Tag für eine Familie 21,16 Mk. für den städtischen Arbeiter beträgt er 11,22 Mk. pro Woche weniger. Daß diese Unter-

ernährung zu den traurigsten Folgen führt, steht fest. Es kommt noch die Erhöhung der Wohnungsmiete in Betracht, die eine weitausgehende Belastung des Arbeiterbudgets bedeutet. Es ist daher nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der städtischen Arbeiter, für eine Erhöhung r. s. v. Gewährung einer Zweckungszulage einzutreten. (Beifolgender Beifall.)

In der sehr lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen des Redners vollumfänglich bekräftigt. Der neue Sekretär für Süddeutschland, Kollege Altvater Ernst, der 3. J. in Berlin weilte, überbringt die herzlichsten Grüße der dortigen Kollegen und fordert zum energischen Zusammenhalt der städtischen Arbeiter auf. Ein Kollege, der eine Familie von 10 Köpfen hat, schildert in schlichter Weise seine materielle Lage und hält den Anspruch des Stadtverordneten Schutz anlässlich des Pferdeschneffens. Die Fleischnot hat ein Ende, für ebenso häufig wie die übrigen Anschauungen der bürgerlichen Kreise bezüglich der Lohnhöhe der Arbeiter. Wollte sich eine Arbeiterfamilie eine derartig zubereitete Kost leisten, der Preis für ein Pfund würde sich auf 40 Pf. stellen. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute im Gewerkschaftshaus versammelten 2500 städtischen Arbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Verbandsssekretärs Schubert und den übrigen Diskussionsrednern vollständig einverstanden und richten an die städtischen Kollegen (Magistrat und Stadtverordneten) den dringenden Wunsch, so lange eine bessere Lohnentschädigung nicht stattgefunden hat, ihnen eine Zweckungszulage gewähren zu wollen.“

Nach Ausweis statistischer Berechnungen von staatlichen und kommunalen Behörden, sowie Privatpersonen gilt als feststehend, daß neben einer ziemlich erheblichen Steigerung der Wohnungsmieten, des Feuerungsmaterials u. s. w., eine ganz bedeutende Erhöhung der Fleisch- und Brotpreise stattgefunden hat. Dieser Zustand, der als ein vorübergehender faun angesehen werden kann, da ja inzipitisch die Stellungnahme unserer Staatsbehörden gegenüber der Einfuhr von Fleisch und Vieh aus anderen Ländern sich als eine festlegende und für die Folge maßgebende herausgestellt hat, erfordert gebieterisch entweder eine weitere Unterernährung der städtischen Arbeiter oder aber eine notwendige Erhöhung des jetzt in bestehenden Grenzen sich bewegenden Lohnes.

Das häufig betonte Verlangen unserer wohlhablichen Kommunalbehörden, auch der Verhinderung ihrer Angehörigen eine den sozialpolitischen Zielen der Stadt entsprechende Förderung zu theil werden zu lassen, giebt uns die Zuversicht, daß diese von uns den tatsächlichen Verhältnissen angepaßte Forderung auf Berücksichtigung kommen darf.

Das Bureau wird beauftragt, die Wünsche der Versammelten den Kollegen in zweckentsprechender Form zu übermitteln.“

## Aus der Berentföhrer des Kommunal-Preisungs im Berliner „rothen Laufe“.

„Im Anschluß an den Bericht über die Versammlung, in welcher die mit 3,50 Mk. entlohten städtischen Arbeiter eine Zweckungszulage forderten, möchte ich mir den belebendsten Hinweis erlauben, daß leider für eine ganze Anzahl Arbeiter der Stadt Berlin ein Einkommen von 1000 bis 1100 Mk. ein schändlich herbeigewünschtes Ziel bedeutet. Mein Einkommen beträgt 3,50 in vergangenen Jahre nur etwas über die Hälfte des erwähnten Lohnes. Wie ist es da einer Familie nur möglich, zu existieren? und mancher verwundert fragen: Ich bin jetzt 62 Jahre alt, habe eine Frau und eine Tochter zu ernähren, und ich liebe zur Arbeit, habe alle drei Lebzüge mitgemacht, sechs Liden für meine Frierentfüllung erhalten, zahle pünktlich meine, wenn auch geringe Steuer und bin seit dem Jahre 1894 auf dem städtischen Ziehdapot der Stadt Berlin beschäftigt, wo ich im vergangenen Jahre glücklicherweise 29 Wochen tätig war. Jedoch müßte fragen, sollte es denn nicht möglich sein, alle Bürger im Winter durch andere, eine Beschäftigung über Wasser zu halten? So dachte eine Anzahl meiner Kollegen, so dachte ich auch. Meinensollt ich nicht meine Kollegen zu dem Berlin-Verbandemitter, der auch in vorerwähnter Weise Abhilfe verspricht. Nicht lange darauf erhielt ich unter dem 8. November 1901 folgendes Schreiben:

„Am Auftrage des Herrn Verbandsleiters sind wir Ihnen mit, daß die Winterarbeiten über die Anlage der Ziehdapotarbeiten bisher noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Doch steht die Entscheidung des Magistrats in nächster Zeit bevor, worauf Sie alsbald erhaltenden Bescheid erhalten werden.“

Wir erwidern Sie, Ihren Mitarbeitern hierover Kenntnis zu geben.

Zudem Schmalhans ständiger Rädchenmeister wurde mir mit dem vertrauensvoll auf die Versicherung des Magistrats, welche in nächster Zeit bevorsteht, bemerkt möge noch werden, daß seitens der Arbeiter eine entsprechende Petition am 11. November 1901

abgehandelt wurde. Anfangs Dezember hatte ich auch das Glück, 12. Woche wieder in Dienst gestellt zu werden. Seitdem warte ich nach wie vor auf die Erfüllung meines Wunsches. Auch der Herr Stadtbauinspektor Kohde, an den ich mich inzwischen wandte, wollte sein Möglichstes thun, damit wir Arbeit erhielten. Er schickte mich zu dem Chauffeur-Aufsicher Wachsmann, der mir aber erklärte, daß er selbst keine Entlastung hätte. Wiederum warte ich auf den Augenblick, verdient zu erhalten. Häufig jedoch, wenn ich mit in meiner Ungelegenheit meine Liden betrachte, gedente ich des dankbaren Vaterlandes.“

Um die Wirkung dieser Zeilen nicht abzuschwächen, enthalten wir uns jeden Kommentars zu diesem Gebilde „bürgerlicher Laubbart und sozialpolitischer Fürsorge.“

## Versammlungen.

**Wünsche 1.** Zwecks Kandidaten-Aufstellung für die bevorstehende Wahl der Arbeiterauschüssemitglieder bezog deren Erklärungen fand am Sonntag, den 28. Dezember d. J., eine öffentliche Versammlung der Arbeiter des städtischen Bauamtes in Hoffmann's Gasthaus zur Krone statt. Der alte Arbeiterauschuss hatte bekanntlich mit dem Inkrafttreten der Arbeitsordnung am 1. Juli 1901 sein Amt niedergelegt. Seit jener Zeit hat ein Arbeiterauschuss überhaupt nicht mehr bestanden und ist die für den 14. Januar cr. ausgeschriebene Neuwahl nur dem wiederholten Drängen des Genossen Kitz und seiner Freunde im Stadtverordneten-Kollegium zu danken. Lieber die Sache selbst, die Zusammenlegung und Wirkung des zu wählenden Arbeiterauschusses referierte Genosse Kitz, welcher für den nach Regensburg abgereisenen Gen. Döbler eingetreten war. Er verbreitete sich in erster Linie über den Werth der Arbeiterauschüsse und hob dann hervor, daß man sich nun, da der Arbeiterauschuss für das Bauamt tatsächlich errichtet wurde, nicht allzu großen Illusionen hingeben solle, denn alles zu bewerkstelligen sei der Arbeiterauschuss nicht im Stande. Insbesondere würden die Wünsche und Beschwerden Einzelner unberücksichtigt bleiben müssen, da diese nach wie vor im vorgeschriebenen Umfangswege ihre Erledigung fänden. Um aber das Gebotene auszuführen, sei es unbedingt erforderlich, daß am Wahltag Männern die Stimmen abgegeben werden, die geraden Charakter, heißes Rückgrat und energiegeloses Vorwärtstreben in sich vereinigen, die sich ihrer Pflicht voll und ganz bewußt und nicht reaktionär, sondern fortschrittlich geistigt sind. Die Religion solle man nicht immer vorziehen, wie dies von der christlichen Vereinigung gethan werde, sondern man solle sie ruhig aus dem Spiele lassen; jeder Einzelne solle sehen, wie er mit seinem Dergoht im stillen Kämmerlein fertig werde. Hier gelte nur, die wirtschaftlichen Interessen der städtischen Arbeiter zu vertreten und dieselben zu ihrem Rechte zu verhelfen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner betonte ferner, daß alle Kollegen die Pflicht haben, dem Ausschuss bei seiner Thätigkeit einwandfrei, d. h. den Thatfachen entsprechendes Material zur Verfügung zu stellen, damit der Ausschuss an Ansehen gewinne und die Wünsche ausgeführt werden. Weiterungen ergibt werden. Auf die Bestimmungen der Arbeitsordnung eingehend, welche die Arbeiterauschüssewahl regeln, erklärte Genosse Kitz, daß derselbe aus 8 Mitgliedern und ebensoviel Erklärmännern bestehe; letztere treten jedoch nur in Thätigkeit, wenn erstere verhindert sind. Als Wahlberechtigt gelten leider nur die städtischen Arbeiter des Stadtbauamtes, also solche Arbeiter, welche 30 Jahre alt und seit mindestens 5 Jahren ununterbrochen im städtischen Dienste sind. Von dem zu wählenden Arbeiterauschuss entfällt je ein Mitglied und ein Erklärmann auf die Unterabteilung: Wasser und Straßenbau, Plasterbau (einschließlich Steinlager), Straßendamm, Kanalbau, Wasserversorgung, die drei Hochbau Abteilungen, Gartenbau und Heizung und Lüftung. An diese Bestimmungen über die Wahlberechtigung bzw. Wählbarkeit anknüpfend tritunte der Referent dieselben und bezeichnete sie als eine gewaltige Härte den jüngeren und nicht städtischen Arbeitern gegenüber. Mit begeben Worten trat er für das Wahlrecht eines jeden städtischen Arbeiters ohne Unterschied des Alters und der Dientzeit ein. Am Weiteren machte er darauf aufmerksam, daß die Wahl geheim, die einfache Stimmenmehrheit entscheidend, daß Wahlberechtigte öffentlich bekannt zu machen und das Mandat ein Ehrenamt von städtischen Arbeitern sei. Darauf freute er noch kurz die Forderungen des Arbeiterauschusses in Bezug auf seine Sitzungen. Zum Schluß forderte Gen. Kitz noch auf, die Kandidaten für den Arbeiterauschuss genau anzusehen und zu prüfen, sowie sammt und besonders der modernen Gewerkschaftsbewegung, in diesem Falle dem Verband der städtischen Arbeiter, beizutreten, denn nur dann werde dieser und mit ihm auch der Arbeiterauschuss die richtigen Wege finden können.

Anhaltender Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen.

Zur Diskussion sprach trotz wiederholter Aufforderung und Anbiederung vollster Beifriede kein Gegner. Am Zinne des Referenten anhefte ich Kollege Koch, der Kollege Baumhölzer beirath nochmals mit dem Werth der neuen Organisation. Er schloß mit tief

tigen Appell an die Versammlung, sich der Fikale des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter anzuschließen, um dadurch ihre eigenen Interessen sowohl wie auch die der Gesamtheit besser wahren zu können.

Nachdem noch 11 Neuaufnahmen vollzogen, trat Schluß der imponenten Versammlung ein.

**Kirdorf.** Eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter fand hier vor einiger Zeit statt, um Stellung zu der Abicht der städtischen Kollegen, den § 616 des R. G. B. in den Betrieben der Stadt auszufalten, Stellung zu nehmen. Kolll. Schubert hatte das Referat übernommen. Den Verlauf der Versammlung schildert das „Kird. Tgbl.“ wie folgt:

Der Redner hielt sich nicht in dem Rahmen seines angeblichen Referats, sondern hielt einen für seine Zwecke sehr geschickten Vortrag, in welchem er fast alle Zweige der Sozialpolitik berührte. Ausführlich besprach Redner die Arbeiterfürsorge in den Kommunen, von denen einige wohl ein sozialpolitisches Verständnis in den Anfängen haben, andere aber wieder nicht die geringste Beteiligung an den Erläsen Kaiser Wilhelm I. zeigen. Selbst Berlin liege darin hinter einer Anzahl süddeutscher Gemeinden zurück. Bezüglich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches haben sowohl Staat wie Kommunen und auch Private versucht, denselben in seiner Wirkung auszufalten, indem einerseits bezweifelt wird, ob die Anwendung auf die gewerblichen Verhältnisse zureife, andererseits begauget wird, daß die Bestimmungen dieses Paragrafen nicht zwingender, sondern bedingter Natur sind. Auf dem kleinen Sandwerfer, der sein Personal nicht wechseln kann wie einen Rock, werden die Kassen liegen bleiben, während sich größere Arbeitgeber, die die humanitäre Bestimmung nicht begriffen haben oder dieselbe nicht begriffen wollen, sich ihrer ledig zu machen suchen. Auch Berlin ist darin vorgegangen, hat aber dann gegenüber den organisierten Arbeitern Schritt zurückweichen müssen. Redner verliest dann die Bestimmungen, welche den § 616 in Berliner Betrieben ergänzen bzw. ergänzen. Alsdann kommt der Redner auf die Reklamen der Arbeiter für die städtischen Arbeiter, als nachahmendes weiteres Beispiel Königsberg i. Pr. hervorzuheben. Dauerlich erscheint es dem Redner, daß in Kirdorf so wenig Verständnis in den städtischen Körperschaften vorhanden ist, daß wenn Arbeiter in ruhiger, gelegter Weise um eine Aufhebung ihrer Lebenslage anhalten, diese meist mit der Motivierung, daß kein Geld vorhanden sei, abgewiesen werden. Es seien dies doch alles Leute, die sich unter Arbeitern bewegen und wenn sie sich nur einigermaßen bemühen wollten, die Verhältnisse der Arbeiter richtig kennen zu lernen. Es gehöre ja so wenig dazu, zu wissen, wie die Lebensmittel gezeiten sind und es sei allgemein bekannt, daß die Rationen um 15 bis 20 pCt. in die Höhe gegangen sind und der Arbeitsverdienst diesen Anforderungen nicht gefolgt ist. Auch die Gemeinde Kirdorf könne dafür wohl einige Tausend Mark auswerfen, bessere sie ja doch die bereits auskömmlichen Beamtengehälter auf. Privat-Unternehmer, wie Köstle, Jalowieschabitz, Freese u. s. w., fänden doch bei einer vernünftigen Arbeiterfürsorge ihre Rechnung. Auch in Bezug auf die Behandlung sei nicht alles so, wie es sein sollte. Mehrfache zustimmende Zwischenrufe.) Schließlich feuert der Redner die Anwesenden an, sich zu einer Organisation zusammenzuschließen und den Magistrat beiseite aber nachdrücklich an die Arbeiterfürsorge zu erinnern. In der Diskussion finden viele Wiederholungen des bereits Vorgetragenen statt. Der Referent hatte auch über die neugestrichene Betriebskrankenkasse gesprochen und ihr kein günstiges Prognostikon gestellt. Ein Mitglied sucht die neue Kasse zu verteidigen, rüßt aber auf alleseitigen Widerspruch. Es werden Klagen laut, daß in städtischen Betrieben selbst eine Stunde unerschuldeter Versammlung abgezogen wird. Ein Redner spricht gegen den Schnapsgenuss und empfiehlt, dafür lieber in eine Organisation einzutreten; 3,50 Mark sei bei der gegenwärtigen Zeit kein auskömmlicher Tagesverdienst. Herr Schubert weist in der Diskussion noch darauf hin, daß auch die Gemeinvereine die gleichen Zwecke wie die Arbeiter-Organisationen verfolgen. Es sei viel richtiger, Abends zusammenzukommen und sich in erheiteter Rede und Gegenseite zu bilden, als in der Dunkelheit sich über nichtige Fragen zu streiten, sich zu betrinken und mit Frau und Kindern in der Trunkenheit zu streiten. In seinem Schlußwort kommt der Vortragende noch einmal auf die Krankenkassen Angelegenheit und bemerkt, daß die Väter dieser Betriebskrankenkasse, die Volk und Rahm, über die schlechte Vertheidigung derselben bedenklich die Köpfe schütteln würden. — Folgende Resolution kommt dann zur einstimmigen Annahme:

Die heute im Lokale des Herrn Thiel, Bergstraße 151/152, versammelten Arbeiter der Stadt Kirdorf eruchten den wohlthätigen Magistrat, bezüglich der sozialpolitischen Fürsorge für seine Angehörigen gleich anderen Städten (Berlin, Charlottenburg u. s. w.) darauf Bedacht nehmen zu wollen, daß Normen geschaffen werden, nach denen nicht nur in Krankheitsfällen, militärischen Leistungen und sonstigen unerschulderten Verbindungen der Lohn weiter gezahlt wird, sondern daß auch die Zukunft der in städtischen Diensten Beschäftigten durch Gewährung von Pension, Wittwen und Waisenrenten sichergestellt wird. Sie glauben umiomehr auf eine Erfüllung dieser berechtigten Wünsche rechnen zu dürfen, da unsere Stadt bei anderen für das Gemeinwesen in Betracht kommenden Einrichtungen sich von den praktisch erprobten Erfahrungen ihrer Schwestergemeinden leiten läßt.

Das Bureau wird beauftragt, diese Resolution dem wohlthätigen Magistratskollegium in zweckentsprechender Form zu übermitteln.

Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schließt der Vortragende die Versammlung.

**Stuttgart.** Nachdem nun die Vericknung der Fikale Stuttgart vom süddeutschen Verband mit der Fikale Stuttgart Gaisburg vom allgemeinen deutschen Verband vollzogen ist, wurde am Sonntag, den 24. Dezember v. J., die jährliche Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus abgehalten. Auf der Tagesordnung stand: Tätigkeitsbericht des Ausschusses, Neuwahlen und Verchiedenes. Aus dem Tätigkeitsbericht des Ausschusses, den der Vorsitzende K. Altwater gab, war zu entnehmen, daß das verlossene Jahr das arbeitsreichste war, so lange der Verein existiert hat. Auch bildet dasselbe einen Meilenstein in der Geschichte. Gleich zu Anfang des Jahres wurde die bis dahin für Stuttgart fakultativ eingeführte Kranken-Unterstützung obligatorisch auf sämtliche Fikalen des Verbandes der städtischen Arbeiter Württembergs ausgedehnt, wobei allerdings viele Schwierigkeiten zu überwinden waren, indem doch mit der Einführung derselben auch eine Beitragshöhung verbunden war. Mitte des Jahres wurde dann durch eine Anregung des Verbandssekretärs Friedrich Berlin die Frage des Anschlusses an den „Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellter“ auf, die naturgemäß wegen der damit verbundenen abermaligen Beitragshöhung und dem den süddeutschen Kollegen angebotenen Partizipationsmodus anfänglich an einen starken Widerstand sowohl in Stuttgart selbst als auch in den Fikalen stieß. Durch die aufklärende Arbeit weitwärtiger Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder in den Betriebsversammlungen, denen außerdem noch der Berliner Deputationsrat durch Stellung konstanter Lieberheitsbedingungen zu Hilfe kam, wurde aber auch diese Frage in zufriedenstellender Weise erledigt und der Anschluß per 1. Januar 1903 vollzogen. Im Weiteren konstatiert der Vorsitzende die erfreuliche Thatsache, daß von der allgem. befürchteten vorübergehenden Schwächung der Organisation bis jetzt nichts zu verzeichnen gewesen sei. Bis dato seien Abtrünnige weder offen zurückgetreten, noch verlistet zurückgeblieben, d. h. es haben sich keine Mitglieder gefunden, die wegen Nichtbezahlens der Beiträge ausgeschlossen werden mußten. Der Mitgliederstand sei nicht nur auf dieses Jahr wesentlich gezeiten und durch Vereinigung mit der Fikale Gaisburg sei außerdem ein Zuwachs von etwa 100 bis 120 Mann zu verzeichnen, so daß die Gesamtmitgliedszahl über 600 beträgt. An Versammlungen seien 12 ordentliche und 17 Betriebsversammlungen sowie 14 Sitzungen abgehalten worden. Die Eingänge beliefen sich auf 81 Briefe, 186 Postkarten, 14 Zirkularverbindungen mit 6800 Zirkularen und 23 Zeitungspakete. Eingaben an den Gemeinderath wurden gemacht: Eine Säuglingskammer mit den programmäßigsten Forderungen, die einen theilweisen Erfolg brachte und zwar die Vergütung der Feiertage für städtische Arbeiter, Gewährung von Urlaub in beschränktem Umfang und Inangriffnahme einer Hinterbliebenenversicherung. Ferner wurden gemacht: Zwei Eingaben betreffend die Regelung der Sonntagsarbeit und der Lohnverhältnisse der Straßenreiner, die ein befriedigendes Resultat ergaben und endlich eine Eingabe betr. Coaksbezug aus dem städtischen Gaswerk zu ermäßigten Preisen, die ebenfalls eine wenn auch nicht voll befriedigende Lösung erhielt. Die letzte Eingabe betraf die Forderung des üblichen Lohnabschlages durch verchiedene Inspektionen, welche dieselbe mit der verstorbenen Winterarbeitszeit motivierten. Von den Betroffenen wurde diese Maßregel in Folge der gegenwärtigen enormen Heuerung als eine besondere Härte empfunden und deshalb besagte Eingabe gemacht. Die Kollege Altwater berichtete, ist jedoch von der Gemeindeverwaltung diese Eingabe abschlägig beschieden und nur eine anderweitige Regelung der Lohnauszahlung zugesagt worden. Diese Petition und ihre Erledigung wurde deshalb unter Punkt „Verchiedenes“ nochmals behandelt und nach lebhafter Debatte an den Arbeiterauschuss zur weiteren Behandlung zurückverwiesen. Aus dem Geschäftsbericht ging weiter hervor, daß durch Vermittlung der Kommission von 46 Mitgliedern das Bürgerrecht erworben wurde. Am Neujahrstage fanden statt: das Stiftungsfest, die Maifeste, die Weihnachtsfeier und zwei Ausflüge. Das Andenken zweier verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geahrt.

Im Anschluß hieran wurde dann der Geschäftsbericht des Vorstandes somit erledigt und dankte Kollege Rälberer der Verwaltung namens der Versammlung für ihre umfangreiche Tätigkeit. Es folgte der Rassenbericht, den Kollege Rudolph gab. Der Abschluß erhielt ein günstiges Bild. Zur Auszahlung gelangten an 130 Kollegen mit 297 Krankentagen 148,50 Mk. Kollege Tenble berichtet namens der Revisoren, daß bei der Revision Minder und Rasse in bester Ordnung gefunden wurden, worauf Revisoren und Rälberer Entlassung erhielt und letzterer auf Antrag Rälberer's ein Mantelgeld von 50 Mk. bewilligt wurde. An Provisionen für die Vertrauensleute (Unterfiskale) gelangten insgesamt 129,50 Mk. zur Auszahlung. Bei Punkt Neuwahlen wurden die Kollegen K. Altwater, Vorhieser, und Rudolph, Rälberer, auf Antrag Mülker veranklammert wiedergewählt, ebenso die Revisoren Tenble, Ramm und Stoll. Weiter wurden gewählt in die Ortsverwaltung: W. Beck, Schmolz (Gaswerk), Firner, Mülker und Rühlmann (Elektrizitätswerk); als Kartell delegierte: Altwater, W. Beck, Mülker und Bremer.

Durch Verfügung des Verbandsvorstandes und Ausschusses wurde der Fikale Stuttgart das Recht eingeräumt, die Wahl der Sekretariatskommission beim des Hauptverbandes für Zweckortland vorzunehmen. Es wurden gewählt: W. Beck, St. Firner, Rühlmann (Elektrizitätswerk) und Schmolz (Gaswerk). Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Kollege Altwater die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Kollegen.

## Rundschau.

**Die Berliner Arbeiter-Bildungsschule** bringt auch für das I. Quartal 1903 wieder ihren Lehrplan zur öffentlichen Kenntnis. Wir fühlen uns deshalb veranlaßt, denselben auch unseren Kollegen zu unterbreiten. Das Schullokal ist im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Der Lehrplan umfaßt vier Fächer, und zwar für Montags: **National-Ökonomie** (Deutsche Reichsfinanzen und Reichseinkommen); Vortragender: Schriftsteller Georg Verward; — Dienstag: **Natur-Geschichte** (Anatomie des Menschen); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner; — Donnerstag: **Geschichte** (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung); Vortragender: Schriftsteller Max Schütte; — Freitag: **Rede-Übung** (Redungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatze); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Der Unterricht begann in National-Ökonomie: **Montag, den 12. Januar; Natur-Geschichte, Donnerstag, den 13. Januar; Rede-Übung, Freitag, den 15. Januar; Rede-Übung, Freitag, den 16. Januar.** Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kurses steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kurses im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Dort links 2 Tr., und in nachfolgenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a; Kaul, Barnimstr. 42; Vogel, Demminstraße 32; Krause, Müllersstr. 7a; Dorich, Engel-Ufer 17.

**Arbeitszeit und Arbeitsleistung.** Ein hervor-ragender Engländer und Wasserbauingenieur in Australien, C. J. Wentworth Coofion, veröffentlicht in einer der letzten Nummern der Londoner Monatschrift „Empire Review“ unter dem Titel: „Eine Anregung und eine Warnung“ die Ergebnisse einer mehr als zwanzigjährigen Erfahrung über das Verhältnis von Arbeitsleistung zur Arbeitszeit. Da es sich hier um Thatsachen handelt, die ein Unternehmer in seiner Praxis selbst erlebt hat, mögen seine Ausführungen vielleicht auch da Beachtung finden, wo man den Forderungen der sogenannten Theoretiker mißtraulich gegenübersteht. Coofions erstes und wichtigstes Argument ist, daß die denkbar wohlthätigste Arbeitskraft ein gut zahlter Achtstundenarbeiter sei. Niemand, der sein Prolet mit schwerer, forderlicher Arbeit beziehe, könne länger als acht Stunden täglich seine volle Leistungsfähigkeit entfalten. Die noch viel zu sehr verbreitete Annahme, daß man besser fahre, wenn man für sechshündige Arbeit 3, 4, 5 Mk. bezahle, als wenn man den gleichen Betrag für acht Stunden anlegt, ist sehr irrig. In den britischen Kolonien Australiens herrscht der Achtstundentag bei einem Stundenlohn von 1 Mk. und dabei kommen meist die Unternehmer weit besser voran als in England, wo im Allgemeinen noch zehn Stunden gearbeitet und nur eine halbe Mark pro Stunde gezahlt wird. Ein langer Arbeitstag schädigt nicht nur die Gesundheit und das Ansehen des Arbeiters, sondern auch, und in noch höherem Grade, die Interessen der Fabrikanten. Dafür führt Coofion viele Beispiele an; drei der lehrreichsten mögen hier Platz finden. Er selbst machte einmal, als er sehr geübt wurde, einen Versuch mit zehn Stunden bei entwerfender Vorkerhöhung. Nach Vollendung der Arbeit ergaben seine genaue Berechnungen, daß er bloß 15 pCt. mehr Arbeitsleistung erzielt hatte, obwohl er um 25 pCt. mehr Zeit zur Verfügung und dafür um 25 pCt. mehr Lohn gezahlt hatte. Tagegen verbrachte er einmal, den Tag, Lohn von 8 auf 9 Mk. zu erhöhen, um zu sehen, ob seine Leute, ohne daß er sie dazu aufforderte, ganz von selbst tüchtiger arbeiten würden; was geschah nun? Sie verblieben täglich nur fünf Minuten stiller als früher, und das brachte Coofion bei einer täglichen Lohnveraussetzung von 120 Mk. einen täglichen Ertrag gewinn von 480 Mk.! Ein anderer Engländer Unternehmer machte es umgekehrt, indem er, um vermeintlich zu sparen, den Tagelohn von 8 Mk. auf 7,50 Mk. herabsetzte; die Folge war, daß die Arbeiter nur um 6 pCt. der Unternehmer aber um 15 pCt. schlechter fuhren. Solche Thatsachen sprechen eine eindringliche Sprache.

Großes Gewicht legt Coofion, der, wie wir wieder-holen, nur vom Standpunkte des Unternehmers aus die Dinge beurteilt, auch auf die Bedeutung eines guten Einvernehmens zwischen Chef und Personal für den industriellen Erfolg. Was veranlaßt die Leute, in glühender Zornung sich Monate lang besonders an zutragen? Lediglich das Gefühl der Würdigung der ihnen zu Theil gewordenen gerechten Behandlung mit hohen Gegenleistungen zu empfinden. Die Hervorbringung derartiger Beziehungen zwischen Produzenten und An-gestellten lohnt ein Versuch. (Er geht so weit, zu behaupten, daß die von Unmündigkeit im Tüfteln her-führende Unzulänglichkeit der Arbeitsleistung mit der Länge des in Europa üblichen Arbeitstages zusammen-hängt. Der Großstadtarbeiter, der um 6 Uhr in seiner Jacke sein soll, muß erst zwischen 4 und 5 Uhr auf- stehen und ohne Frühstück fortgehen. Da er gewöhnlich bis 6 Uhr arbeitet, sieht er die Sonne selten sein Heim bescheinen.“ In Australien jedoch ist er bis 8 Uhr morgens frei; er arbeitet nur von 8 1/2 und 1 1/2 Uhr, so daß ihm viel freie Zeit verbleibt; man braucht ihn während dieser, damit er tüchtig und leblich gehoben werde, nur Gelegenheit zu geistiger Erholung zu bieten. Dann steigen Arbeit und Arbeitslust, die Zehnheit nach geistigen Getränken aber sinkt beträchtlich.)